



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

12. JAHRGANG • NR. 75

MÄRZ 2013

STANDPUNKT

- 2 Anmerkungen zum neuen Rundfunkbeitrag

WAHLKREIS

- 4 Frühjahrsempfang mit Frank-Walter Steinmeier am 5. März in Porz

KÖLN

- 4 „Fraktion vor Ort“ mit Martin Schulz am 17. März: „Europa stärken – Zukunft sichern“
- 4 Terminankündigungen

BUNDESTAG

- 5 Bundestagsdebatte zum EU-Gipfel
- 6 „Medienpolitischer Dialog“ der SPD-Fraktion: Finanzierungsmodelle für Journalismus
- 7 Medienpolitische Gespräche in Hamburg
- 8 Lesung mit Edgar Franzmann
- 8 „Projekt Infrastrukturkonsens“
- 11 „Schwarz-Gelb verfälscht Armuts- und Reichtumsbericht“

SPD

- 12 Positionspapier für bezahlbares Wohnen
- 13 Neues Kindergeldkonzept
- 14 „Braunschweiger Erklärung“ für mehr Steuer-gerechtigkeit
- 15 150 Jahre SPD: Kölner Schiffstour am 20. April mit Hannelore Kraft
- 15 Zum Tod von Peter Struck

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2013, Büros, Impressum



Frank-Walter Steinmeier zu Gast in Porz

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion ist am 5. März Gast beim traditionellen Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Wahlkampf-Spendenkonto

Am 22. September findet die Bundestagswahl statt. Für diejenigen, die für den SPD-Wahlkampf im Wahlkreis spenden möchten, hier die Kontoverbindung: SPD Köln, Konto-Nr. 42 42 053, Sparkasse KölnBonn, BLZ: 370 501 98. Bitte ggf. als Zweck eintragen: Spende Bundestagswahlkampf WK 93 Dörmann

Projekt Infrastrukturkonsens

Bericht über neue SPD-Konzepte ab Seite 8

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 25.02.2013

Anmerkungen zum neuen Rundfunkbeitrag

Für eine gerechte und zukunftsfähige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Januar hat der neue Rundfunkbeitrag das bisherige Gebührensystem im öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgelöst. Hierauf hatten sich zuvor alle Bundesländer in einem Staatsvertrag verständigt, da Rundfunkangelegenheiten Ländersache sind.

Statt der bisherigen gerätebezogenen Abgabe (etwa für Fernseher, Radio, Autoradio) gibt es nun einen pauschalen Beitrag je Haushalt oder Betriebsstätte. Dieser ist bei Haushalten im Regelfall identisch mit dem bisherigen Beitrag von 17,98 Euro. Für die allermeisten Menschen in Deutschland ändert sich also nichts.

Durch den neuen Rundfunkbeitrag soll einerseits die langfristige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sichergestellt werden. Gleichzeitig geht es aber auch darum, die öffentliche Akzeptanz zu erhöhen, indem oftmals kritisierte Gerätekontrollen entfallen und ein System etabliert wird, das von allen solidarisch getragen wird.

Der große Vorteil ist, dass der Besitz von Empfangsgeräten nicht mehr von der GEZ überprüft werden muss. Viele Menschen haben diese bisherigen Kontrollen in ihrer Wohnung als unangenehm empfunden. Einige haben sich durch Falschangaben oder Verweigerung der Überprüfung aus der finanziellen Verantwortung gestohlen. Gegen das „Schwarzsehen“ hat die GEZ aufwändige öffentliche Kampagnen durchgeführt.

Wenn nun alle Wohnungen und Betriebsstätten einen Beitrag entrichten müssen, wird das Gebührensystem einfacher. Mittelfristig werden Kosten gespart, da Geräteerfassung, Kontrollen und Personal entfallen. Zudem lassen sich in Zeiten von Computern, Smartphones und Tablets kaum noch einzelne Empfangsgeräte sauber definieren. Es lässt sich nicht nachvollziehen, ob und in welchem Umfang auf solchen Geräten die Angebote abgerufen werden und deshalb das heimische Fernsehgerät entfällt. Somit ist es zeitgemäß, wenn nicht einzelne Geräte, sondern ganz allgemein die Möglichkeiten zum Empfang mit einer Abgabe belegt werden. Ebenso entfällt die Klärung komplizierter Eigentums- und Nutzungsverhältnisse, etwa in Wohngemeinschaften, nichtehelichen Lebensgemeinschaften oder Familien mit erwachsenen Kindern.



Das neue System ist unter dem Strich gerechter. Unabhängiger und hochwertiger Rundfunk für unterschiedliche Bedürfnisse und Vorlieben funktioniert nur als Solidargemeinschaft, an der sich alle beteiligen. Auch die Wirtschaft bleibt dabei einbezogen, wobei große Unternehmen mit vielen Angestellten einen höheren Beitrag als kleine zahlen.

Kritik haben vor allem die Veränderungen bei den Befreiungsregelungen erfahren. In der Tat war es früher eher leichter, sich von den GEZ-Gebühren befreien zu lassen. Dennoch bleibt eine Reihe von Befreiungs- oder Ermäßigungsmöglichkeiten bestehen: Für hochgradig schwerbehinderte Menschen mit dem Ausweiskennzeichen RF ist eine Reduzierung des Beitrags auf ein

Drittel vorgesehen. Taubblinde Menschen und Empfänger von Blindenhilfe bleiben natürlich weiterhin befreit. Für die SPD war es zudem bei den Verhandlungen der Ländervertreter/innen von besonderer Bedeutung, dass vor allem die einkommensabhängigen Ausnahmeregelungen unverändert bleiben. Wer Sozialleistungen erhält, soll nicht mit Rundfunkgebühren belastet werden. Wer zum Beispiel Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung oder BAföG erhält, kann mit dem Nachweis der betreffenden Behörde die Befreiung vom Rundfunkbeitrag beantragen. Für bestimmte „Härtefälle“, etwa bei einem vergleichbar geringen Einkommen, sind zusätzliche Befreiungsmöglichkeiten durch die Rundfunkanstalten vorgesehen.

Insgesamt wurde ein Modell entworfen, das die Beiträge in der Regel stabil hält. Finanzielle Mehrbelastungen haben allerdings die Menschen, die bislang nur ein Radio zum Empfang genutzt haben oder gar keine Angebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Anspruch nehmen wollten. Im Sinne des Solidarprinzips wird dieser relativ kleine Personenkreis nun mit in die Verantwortung für unabhängigen und hochwertigen Rundfunk genommen. Die Reduzierung bei alleiniger Nutzung des Radios entfällt. Pro Wohnung ist ein Beitrag zu zahlen, unabhängig davon, ob und welche Rundfunkgeräte vorhanden sind. Der Beitrag wird also für die Möglichkeit gezahlt, sich über das Rundfunkangebot informieren, bilden und unterhalten lassen zu können - unabhängig von dem tatsächlichen Nutzungsverhalten.

Es ist nachvollziehbar, wenn einzelne Betroffenen dies kritisch sehen. In der Abwägung aller Argumente überwiegen aber meines Erachtens diejenigen für den neuen (solidarischen) Rundfunkbeitrag.

Von einigen Unternehmen wird kritisiert, dass sie im Ergebnis einen höheren Beitrag als bisher entrichten müssten. Hierzu ist zunächst festzuhalten, dass die Modellrechnungen davon ausgehen, dass die Gesamtbelastung der Wirtschaft langfristig gleich bleibt. Dies war auch das von den Ländern verfolgte politische Ziel, da man eine Erhöhung für Bürgerinnen und Bürger vermeiden wollte. Durch den neuen - geräteunabhängigen - Berechnungsmodus ergeben sich Verschiebungen. Einige Unternehmen werden entlastet, andere belastet. Eine ganz perfekte Lösung ist hier zwangsläufig schwer zu finden. Bei der vorgesehenen Überprüfung der Auswirkungen ist insofern sicherlich auch die möglichst gerechte Verteilung innerhalb der Wirtschaft zu betrachten. Sobald konkrete Einnahmezahlen vorliegen, wird über mögliche Änderungen zu entscheiden sein.

Wie sich die Beitragsneuordnung auf die Gesamteinnahmen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks auswirkt, ist auch bei Experten umstritten. Bis 2014 wird geprüft werden, wie sich die Gesamteinnahmen entwickeln und ob der Rundfunkbeitrag nach oben oder unten korrigiert werden muss, um die festgesetzten Ausgaben zu decken. Auch ein späteres Absenken ist durchaus möglich, da die Rundfunkanstalten nicht einfach zu viel erhaltenes Geld einbehalten oder blind ausgeben dürfen, sondern eine Beitragsanpassung gesetzlich vorgeschrieben ist. Zudem werden die Bundesländer die Erfahrungen auswerten und prüfen, ob und welche Anpassungen insbesondere bei den Befreiungsregelungen gerecht und sinnvoll sind.

Alle Staatsbürgerinnen und Staatsbürger und auch die Wirtschaft profitieren direkt oder indirekt vom

Informationsangebot der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und einer pluralen Medienordnung. Diese besondere Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat auch das Bundesverfassungsgericht mehrfach herausgestellt. Gerade im internationalen Vergleich kann man feststellen, dass die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten einen ganz wesentlichen Beitrag für Qualitätsjournalismus, pluralistische Meinungsbildung sowie Vielfalt und damit für unser demokratisches Gemeinwesen leisten – und zwar im Hörfunk, im Fernsehen und im Onlinebereich. Diese Form von Informations- und Unterhaltungsqualität gilt es zu bewahren und, wo nötig, zu verbessern. Gerade der neue Rundfunkbeitrag sollte dabei die Sendeanstalten noch mehr in die Pflicht nehmen, effizient mit den Geldern umzugehen, Verwaltungsstrukturen zu verschlanken und die Qualität und Akzeptanz der Angebote zu erhöhen.

Aus diesen Gründen möchte ich für die Neuordnung der Rundfunkfinanzierung und den neuen Rundfunkbeitrag werben. Aus meiner Sicht ist ein leistungs- und zukunftsfähiger öffentlich-rechtlicher Rundfunk für eine freie Information und Meinungsbildung in einer demokratischen Öffentlichkeit unverzichtbar. Auch von daher ist es wichtig, ein Beitragssystem zu schaffen, das langfristig die größtmögliche Akzeptanz in der Bevölkerung erfährt. Dies soll mit der Neuordnung des Rundfunkbeitrages erreicht werden. Einzelne Korrekturen nicht ausgeschlossen.

Herzlichst

Ihr



Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Porz/Poll

Gastredner:

Frank-Walter Steinmeier
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Dienstag, 5. März 2013, 18:00 Uhr

(Einlass 17:30 Uhr)

Bezirksrathaus Porz, Rathaussaal,
Friedrich-Ebert-Ufer 64-70, 51143 Köln (Porz)



KÖLN

„Fraktion vor Ort“-Veranstaltung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Europa stärken – Zukunft sichern

**Nachhaltige Politik für Wachstum,
Stabilität und Beschäftigung**

Vortrag und Diskussion mit:

Martin Schulz, MdEP
Präsident des Europäischen Parlaments

Freitag, 15. März 2013, 18:00 Uhr

Bürgerzentrum Altenberger Hof, Scheune
Mauenheimer Straße 92, 50733 Köln (Nippes)



Die Krise Europas begleitet uns nun schon seit Monaten. Die Bundesregierung hat es nicht vermocht, durch entschlossenes Handeln den Teufelskreis aus instabilen Finanzmärkten, hohen Staatsschulden und einer um sich greifenden Rezession zu durchbrechen. Im Gegenteil, in mehr als zwei Jahren unzureichender Krisenbewältigung sind die Schulden der Krisenländer nicht gesunken, sondern gewachsen, und die Risiken für Deutschland nicht geringer, sondern größer geworden.

Auf tragfähige Haushalte ausgerichtete Schuldenregeln in ganz Europa sind notwendig. Dauerhafter Schuldenabbau wird aber nur in Verbindung mit wirtschaftlicher Dynamik

und Wachstum gelingen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass neben Rettungsschirmen und Schuldenbegrenzungsregeln durch einen „europäischen Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ wichtige Impulse für eine wirtschaftliche Stabilisierung der Euro-Zone gesetzt wurden. Denn eins ist klar: ein Scheitern des Euro würde unabsehbare Risiken für Deutschland als größte Exportnation bedeuten.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten laden herzlich ein, mit Martin Schulz über die notwendigen Schritte zur Stärkung Europas und zur Sicherung unseres Wohlstandes zu diskutieren.

Weitere Veranstaltungen in Köln unter Beteiligung von Martin Dörmann:

Sonntag, 17. März, 11:00 Uhr

Frühjahrsempfang der SPD Rath-Heumar mit Ulrich Kelber, MdB; Bürger- und Vereinszentrum, Rösrather Str. 603, 51107 Köln

Montag, 25. März, 11:00 Uhr

„Fraktion vor Ort“ - Veranstaltung mit Manuela Schwesig, stellv. SPD-Vorsitzende

Freitag, 19. April, 16:30 Uhr

Frühjahrsempfang im SPD-Bürgerbüro Porz mit Ausstellungseröffnung

Donnerstag, 2. Mai

Frühjahrsempfang des SPD-Stadtbezirks Kalk mit NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin

(Bitte aktuelle Hinweise auf der Homepage beachten.)

Bundestagsdebatte zum EU-Gipfel

Steinbrück: „Frau Bundeskanzlerin, Sie sind eine Last-Minute-Kanzlerin“

Bundeskanzlerin Merkel gab am 21. Februar eine Regierungserklärung zum vergangenen EU-Gipfel ab, auf dem der Mittelfristige Finanzrahmen, der Haushalt, beschlossen wurde. In der Debatte attackierte **Peer Steinbrück** die Regierungschefin scharf. Er warf der Kanzlerin die Beschönigung ihrer Europapolitik vor. „Europa ist leider nach wie vor in keiner guten Verfassung“, stellte er fest. Eine schrumpfende Wirtschaft und eine perspektivlose Jugend seien die Konsequenz, wenn „aus Sparen Kaputtsparen wird.“ Die Situation Europas entwickle sich zu einer Gefahr für die politische und gesellschaftliche Ordnung. Aus Repression drohe Depression zu werden. Die Krise sei „eine Gefahr für die gesellschaftliche Ordnung“ und das „wunderbare Zivilisationsmodell Europa“.

Der beschlossene EU-Finanzrahmen sei ein „schädliches Spardiktat“, so Steinbrück, „der andere europäische Länder zunehmend in Depression und Verelendung hineinbringt.“ Merkel müsse ihre „merkwürdige Allianz“ mit dem britischen Premierminister Cameron hinterfragen. „Wer in Zukunft mehr Europa will, der braucht Partner, die ihre Zukunft in Europa sehen“, stellte Steinbrück mit Blick auf die europakritische Haltung des Briten fest.

Die beschlossenen Maßnahmen der europäischen Regierungschefs gegen die Jugendarbeitslosigkeit seien ein „makabrer Etikettenschwindel“. Denn von den vorgesehenen 6 Milliarden Euro würden 3 Milliarden Euro aus Einsparungen in den Sozialfonds finanziert werden. „Das ist das Prinzip linke Tasche, rechte Tasche.“ Der Kanzlerkandidat sieht großen Widerstand gegen den EU-Finanzrahmen im EU-Parlament, denn die Regierungschefs in Europa stellten zu wenig Geld zur Verfügung, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Kanzlerin muss endlich Position beziehen

Steinbrück forderte die Kanzlerin auf, endlich aktiv zu werden. Er machte die Unterstützung der SPD bei weiteren Krisenmaßnahmen von der raschen Umsetzung der Finanztransaktionssteuer abhängig, denn sonst wäre die Vertrauensbasis verspielt. Die Einnahmen aus der Abgabe stellten dringend benötigtes neues Geld für Wachstum in Europa dar. Steinbrück: „Wir brauchen diese Steuer!“

Er selbst habe, so Steinbrück weiter, vor sechs Monaten ein vernünftiges Konzept zu den Trennbanken vorgelegt; Schäuble habe genügend Zeit gehabt für ein ausgearbeitetes Gesetz. Dabei herausgekommen sei eine Lösung „Trennbanken light“, den selbst Stimmen aus der Regierungskoalition ablehnen würden.

Die Kanzlerin müsse Position Beziehen und endlich „in die Niederungen“ der Politik begeben. Das gelte

für die Regulierung der Finanzmärkte, des ESM, der europäischen Sozialsysteme, aber auch für die Innenpolitik. Lebensleistungsrente, Arbeitnehmerdatenschutz, Lohnuntergrenze, die Energiewende – zu keinem dieser Themen habe die Kanzlerin eine Haltung eingenommen. „Sie, Frau Bundeskanzlerin, sind eine Last-Minute-Kanzlerin“, stellte Steinbrück fest. Denn Merkel habe eine Neigung zum „Nicht-handeln, Noch-nicht-Handeln, Später-Handeln“.

Er ergänzte: „Es bleibt nur eine einzige Möglichkeit, nämlich dass andere diese Regierungsverantwortung übernehmen. Dazu ist die SPD bereit.“

Frühwarnsystem, um Finanzkrisen zu verhindern

In einem Entschließungsantrag (Drs. 17/12387) fordert die SPD-Fraktion die Bundesregierung auf, Aufsichtszuständigkeiten und -befugnisse an die EZB nur für eine Übergangszeit zu übertragen und sobald wie möglich diese auf eine eigene Institution auszulagern. Dazu soll die Aufsicht über Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank befristet werden. Des Weiteren soll dafür Sorge getragen werden, dass die gemeinsame Aufsicht bei der EZB bis zur Übertragung auf eine eigene Institution strikt von der Geldpolitik und der Verantwortlichkeit der EZB für die Preisstabilität getrennt wird.

Um zukünftige Krisen zu verhindern fordert die SPD-Fraktion, dass der gemeinsame Aufsichtsmechanismus ein Frühwarnsystem beinhaltet, um eine sektorenübergreifende und ganzheitliche Aufsicht zu schaffen. Neben dem Aufsichtsmechanismus soll ebenfalls ein europaweit einheitliches Restrukturierungs- und Abwicklungsregime eingeführt werden. Denn die Öffentlichkeit muss darauf vertrauen können, dass Banken restrukturiert oder liquidiert werden können, ohne Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zu belasten. Bei systemrelevanten Banken soll das über eine europäische Abwicklungsbehörde erfolgen.

Mit Mitteln des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) dürfen aber nach dem Antrag der SPD-Fraktion nicht Banken gerettet werden, das soll nur mit Mitteln eines Bankenhaftungsfonds geschehen. Der soll durch eine Bankenabgabe finanziert und für Restrukturierungen und Abwicklungen herangezogen werden. Sollte aber der ESM zur Bankenrettung dienen, muss dies von einer weitgehend vorrangigen Privatsektor- und Gläubigerbeteiligung abhängig gemacht werden.

Zur Kontrolle soll die gemeinsame Aufsicht einer Fach- und Rechtsaufsicht sowie den nationalen Parlamenten und so auch dem Bundestag unterstellt werden.

Fachgespräch über neue Finanzierungsmodelle für Journalismus

Auf Initiative von **Martin Dörmann** hat die SPD-Bundestagsfraktion eine neue Diskussionsreihe unter dem Titel „Medienpolitischer Dialog“ ins Leben gerufen. Die Auftaktveranstaltung am 18. Februar stand unter der Überschrift „Neue Finanzierungsmodelle für Journalismus? Optionen und Perspektiven zur Sicherung der Medienvielfalt“. Der medienpolitische Sprecher der SPD-Fraktion konnte hierzu über 50 namhafte Medienexperten in Berlin begrüßen.

Helmut Heinen, Präsident des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) betonte auch in dieser Runde: „Deutschland ist ein Zeitungsland!“ Dennoch stellt sich die Frage, wie es weitergeht. Denn Auflagen und Anzeigen im Printbereich gehen teils dramatisch zurück. Die Zeitungsbranche muss sich an das Zeitalter der Digitalisierung anpassen und neue Einnahmewege erschließen. Erste Zeitungen haben Insolvenz angemeldet. Von Schließungen betroffen sind Redaktionen vor allem auf lokaler, aber auch auf überregionaler Ebene. Angesichts der geringer werdenden Vielfalt im Presseangebot ist die Kernfrage, wie man journalistische Angebote für die Zukunft unterstützen und sichern kann. Schlüsselaufgabe ist also, neue Finanzierungsmodelle zu finden.



Unter Leitung von Martin Dörmann diskutierten über 50 Medienexperten, wie sich in Zukunft guter Journalismus finanzieren lässt

Helmut Heinen schilderte mit eindrucksvollen Zahlen die Zeitungssituation: Es gebe derzeit insgesamt 330 Tageszeitungen, die regelmäßig von 47 Prozent der Deutschen gelesen werden. Dazu kämen 660 Online-Angebote, die zu ca. 62 Prozent von 14- bis 29-Jährigen genutzt werden. Die Gesamtumsätze gingen deutlich zurück: 2001 betrug der Gesamtumsatz noch 10,8 Milliarden Euro, 2012 dann nur noch 8,5 Milliarden Euro. Heinen betonte allerdings, dass es Rückgänge schon seit Jahrzehnten gebe. So ließen sich also nicht alle Rückgänge auf die Digitalisierung zurückführen. Vielmehr gebe es seit Jahren

auch andere Gratismedien oder Rundfunkangebote, die in direkter Konkurrenz mit den kostenpflichtigen Printausgaben stehen. Parlamentarische Unterstützung für die Anliegen der Verlage sei gerne gesehen, so Heinen. Allerdings müssten Verlage weiterhin völlig „frei agieren können“, denn nur so könne man „unabhängigen Journalismus gewährleisten“.

Dr. Jan Marc Eumann, Medienstaatssekretär in NRW, stellte als konkreten Unterstützungsvorschlag ein Stiftungsmodell in NRW vor. Auch er bestätigt, dass ein erheblicher digitaler Strukturwandel stattfinde. Aber wer hierbei, laut Eumann „allein die wirtschaftliche Seite betrachtet, verkennt die Doppelseitigkeit von Medien“, denn es treffe mit der Presselandschaft auch ein gesellschaftliches Kulturgut. Für ihn seien die Verlage selbst gefordert: Sie müssten neue Modelle entwickeln. Kernwerte wie Glaubwürdigkeit, etablierte Marken könnten bis weit in die digitale Welt tragen. Eine Stiftung könne höchstens einen behutsamen und quasi symbolischen Beitrag dazu leisten, dass der Staat zu seiner Verantwortung eines aktiv begleiteten Strukturwandels stehe. Eumann sieht die Aufgaben einer solchen Stiftung u. a. in der Qualifizierung und Weiterbildung von Journalisten. Ein Stiftungslehrstuhl zum Thema Lokaljournalismus und Recherchestipendien könnten Qualität und Akzeptanz steigern. Die Stiftung solle nächstes Jahr gegründet werden und werde etwa 2 Millionen Euro pro Jahr aus dem Haushalt in NRW zur Verfügung haben.

Prof. Dr. Stephan Weichert von der Macromedia Hochschule für Medien in Hamburg zog zwei positive Schlüsse aus der aktuellen Situation: Die öffentliche Debatte über die schwierige Lage der Presse hätte „an Fahrt aufgenommen“ und sie beginne langsam, sich zu versachlichen. Ein nachfragegerechtes Umsteuern sei vonseiten der Verlage dennoch dringend nötig. Dazu sei gelegentlich auch Flankierung von staatlicher Seite sinnvoll. Er betonte, dass es nicht um das Überleben der Presse allein ginge, sondern um den Journalismus als Ganzes. Im Vergleich mit anderen Ländern wie den USA oder Italien stehe Deutschland allerdings gut da. Extreme Kürzungen und damit Qualitätseinbußen lägen in den vergangenen Jahren in Deutschland vor allem in den Bereichen Lokaljournalismus, Auslandssektor und investigative Recherche vor. Der Staat müsse sanft eingreifen, möglicherweise mit einer Journalismussteuer, analog zum Gebührenbeitrag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Weichert stellte vier verschiedene Finanzierungsmodelle vor: Ein rein marktwirtschaftlich orientiertes Modell würde durch Kaufkraft Staatsferne sichern, berge aber in seiner Extremform große Risiken für die Meinungsvielfalt. Nicht immer könnten zudem funktionierende Märkte vorausgesetzt werden. Für ein staatlich finanziertes Modell spreche das Argument, dass Journalismus ein Kulturgut sei.

Das Argument der fehlenden Unabhängigkeit sei in jeder Ausprägung nicht von der Hand zu weisen. Ein „Crowdfunding-Modell“ überlasse die Finanzierung den Unwägbarkeiten der zahlenden Masse. Eine Finanzierung durch Mäzene habe viele Vorbilder im Ausland und könne als Ergänzung „Druck vom Kessel nehmen“, jedoch seien auch hier Einflussnahme und Unsicherheiten nicht auszuschließen. Reichert betonte, dass vor allem die Bereiche Recherche, Innovation, Medienkritik und Forschungen zum Qualitätsjournalismus angestoßen werden müssten. Journalismus sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der alle Akteure ihren Beitrag leisten müssen, damit der Strukturwandel gelinge.

Kurzstatements gaben weitere Impulse; so sprach **Michael Konken**, Bundesvorsitzender des Deutschen Journalistenverbands (DJV) von einer „historischen Verantwortung“, umfassende Lösungen zu finden, die unbedingt staatsfern organisiert werden müssten. Auch **Ekkehard Sieker**, freier Wissenschafts- und Fernsehjournalist, betonte, dass für ihn Journalismus durch seine Aufklärungsfunktion „Daseinsvorsorge“ sei. **Horst Röper**, Geschäftsführer

des FORMATT-Instituts wies darauf hin, dass es nach wie vor an belastbaren Statistiken fehlte und ermahnte, dass für ein wirksames Stiftungsmodell weit höhere Mittel zur Verfügung stehen sollten, etwa in der Tragweite, die Frankreich zur Verfügung stelle: 1,5 Milliarden Euro. Und **Cornelia Haß**, Bundesgeschäftsführerin der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) in ver.di, betonte schließlich Mindeststandards im Journalismus, die unbedingt eingehalten werden sollten, z. B. Mindestvergütungen oder zeitgemäße Arbeitsbedingungen. Trotz der schwierigen Gesamtlage seien die Gewinnmargen bei den Verlagen immer noch hinreichend.

Die anschließende Diskussion zwischen Experten und Zuhörern zeigte die Notwendigkeit der Debatte auf, die Martin Dörmann so auf den Punkt brachte: „Wir brauchen unabhängigen Journalismus, um unsere Demokratie zu stärken“.

Das zweite Fachgespräch ist für April zu „Reformen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ geplant.



Medienpolitische Gespräche in Hamburg

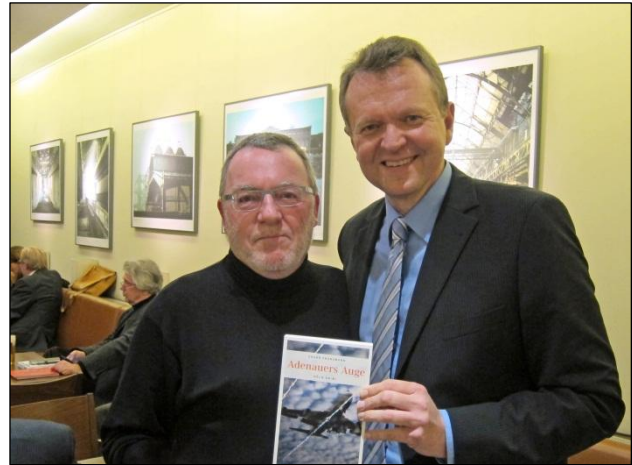
Anfang Februar besuchte **Martin Dörmann** die Hansestadt. In der Senatskanzlei traf er sich mit Medienexperten, um über die Zukunft der Zeitungslandschaft zu sprechen. Anschließend ließ er sich vom Geschäftsführer der Deutschen Druck- und Verlagsgesellschaft (DDVG) **Matthias Linnekugel** über die besonderen Herausforderungen im Printbereich informieren. Über erfolgversprechende Strategien im Internet sprach er zum Abschluss in der Spiegel-Zentrale mit **Mathias Müller von Blumencron**, dem Chefredakteur von Spiegel online.

Lesung zum Köln-Krimi „Adenauers Auge“

Martin Dörmann begrüßte Edgar Franzmann in der NRW-Landesvertretung

Als der Kölner Journalist **Edgar Franzmann** kürzlich bei **Martin Dörmann** nachfragte, ob er nicht eine Lesung in Berlin mitorganisieren könne, ließ der sich nicht zweimal bitten. Am 20. Februar konnte der Kölner Abgeordnete zusammen mit dem Verein „Westwind“ rund 40 Gäste in der Landesvertretung NRW begrüßen, die mehr über „Adenauers Auge“ erfahren wollten, den dritten Köln-Krimi des Autors. In dem spannenden Roman geht es um ein Attentat beim ersten Heimatbesuch der frisch gewählten Kölner Kanzlerin Barbara Jung.

Edgar Franzmann, der früher viele Jahre für den Kölner Express unterwegs war und heute Chefredakteur des Webportals koeln.de ist, las Passagen aus seinem Buch vor. Er würzte dies immer wieder mit amüsanten Zwischenbemerkungen, die den Zusammenhang zwischen „frei erfundenen“ und realen Personen deutlich machten.



Zwei Kölner trafen sich in Berlin:
Edgar Franzmann und Martin Dörmann

„Projekt Infrastrukturkonsens“ der SPD-Bundestagsfraktion

Umfassender Ansatz für eine moderne Infrastruktur

Ein zentraler Bestandteil für ein zukunftsfähiges Deutschland ist die Infrastruktur. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem „Projekt Infrastrukturkonsens“ zu vielen Einzelaspekten neue Konzepte erarbeitet. **Martin Dörmann** hat hieran als Mitglied der „Steuerungsgruppe“ mitgearbeitet und selbst die Projektgruppe zum Thema Breitbandausbau geleitet.

Infrastrukturausbau setzt Investitionen und vorausschauende Planung voraus, in Energie- und Kommunikationsnetze, in Verkehrswege, in die Stadtentwicklung und in den Gebäudebestand. Wir müssen uns in unserem Land darüber verständigen, welche Investitionen besonders wichtig sind und vorrangig angegangen werden müssen. Kurzum: Es geht um das Projekt „Infrastrukturkonsens“. Zwei Jahre lang haben wir in mehreren Schwerpunkt-Projektgruppen innerhalb des „Infrastrukturkonsens“-Projekts konsequent an handfesten, realisierbaren Problemlösungen und praktischen Weichenstellungen für die kommenden Jahre gearbeitet.

Nachfolgend geben wir einen Überblick zu den wesentlichen Zielen, die wir für die betroffenen Politikfelder formuliert haben.

Moderne Infrastrukturpolitik: Unsere Ziele

- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger frühzeitig an der Planung neuer Infrastrukturvorhaben beteiligen und damit diese Vorhaben zugleich beschleunigen.
- Wir wollen die Energiewende voranbringen und dafür eine bezahlbare, sichere und umweltschonende Energieinfrastruktur bereitstellen. Der Neubau von Energieleitungen soll auf das notwendige Maß beschränkt werden.
- Mit einem Nationalen Verkehrswegeprogramm, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen, werden wir rasch die Engpässe an hoch belasteten Verkehrsachsen beseitigen. Wir wollen mehr Verkehr auf Schiene und Binnenschiff bringen und Staus verringern.
- Wir wollen eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen sicherstellen. Neben einer Breitbandgrundversorgung für alle Nutzerinnen und Nutzer, die über einen Universaldienst sichergestellt werden soll, werden wir auch

den weiteren privatwirtschaftlichen Ausbau der Hochgeschwindigkeitsnetze vorantreiben.

Wir werden die Städtebauförderung finanziell besser ausstatten und durch einen Investitionspakt mit den Ländern dafür sorgen, dass Gemeindestraßen und öffentliche Nahverkehrsinfrastruktur weiter angemessen vom Bund gefördert werden.

Bürgerinnen und Bürger frühzeitig beteiligen

Die Bürgerinnen und Bürger müssen bei Bauvorhaben wie Verkehrswegen oder Energietrassen künftig frühzeitig und umfassend beteiligt werden. Mehr Bürgerbeteiligung steht nicht im Widerspruch zu kurzen Planungs- und Bauzeiten. Im Gegenteil: Breite Akzeptanz von Bauvorhaben sichert deren rasche Umsetzung.

Durch eine umfassende Öffentlichkeitsbeteiligung wollen wir die Bevölkerung frühzeitig bei der bundesweiten Planung der Energie- und Verkehrsnetze einbeziehen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen zudem vor Ort frühzeitig bei der Auswahl der Trasse und der Dimensionierung des Projekts mitwirken

können. Wir wollen die Bürgerbeteiligung auch beim Bau von Flughäfen und der Festlegung von Flugrouten verbessern. Die Deutsche Flugsicherung soll verpflichtet werden, die Öffentlichkeit bei der Festlegung der An- und Abflugrouten frühzeitig einzubeziehen.

Transparenz herstellen

Sämtliche Planungsunterlagen müssen per Internet und an einem öffentlichen Ort zugänglich sein. Alle Anhörungs- und Erörterungstermine sollen öffentlich sein. Behörden sollen verpflichtet werden, Alternativvorschläge zu prüfen. Alle Genehmigungsbehörden und öffentliche Planungsträger sollen einen Bürgeranwalt einsetzen, der die Bürgerinnen und Bürger berät und auf die Einhaltung der Beteiligungsrechte achtet.

Planungen beschleunigen

Planungen sowie die gerichtliche Überprüfung von Planungsentscheidungen sollen beschleunigt werden, indem etwa Doppelprüfungen zur Umweltverträglichkeit vermieden werden.

Volksentscheide auf Bundesebene zulassen

Wir wollen Volksbegehren und Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturentwicklung auf Bundesebene ermöglichen, beispielsweise zu den Bedarfsplänen für Bundesverkehrswege und zum Netzausbau im Energiebereich.

Die Energieinfrastruktur fit machen für die Energiewende

Der Umbau der Energieversorgung muss bezahlbar bleiben. Wir werden deshalb darauf achten, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

Neubau auf das Notwendige beschränken

Den Neubau von Stromleitungen wollen wir daher auf das Notwendige beschränken. Dazu müssen alle Möglichkeiten der Energieeinsparung genutzt werden. Denn jede nicht benötigte Kilowattstunde verringert den Bedarf an neuen Stromleitungen. Um den Neubaubedarf an Stromleitungen zu verringern, werden wir außerdem Anreize schaffen, damit Anlagen zur Energieerzeugung verstärkt dort gebaut werden, wo die Energie benötigt wird.

Neue Techniken nutzen

Es müssen alle Möglichkeiten zur Erhöhung der Kapazität bestehender Leitungen ausgeschöpft werden. Vorhandene Trassen sollen deshalb mit Hochtemperaturseilen ausgerüstet werden, die gegenüber herkömmlichen Techniken die doppelte Strommenge transportieren. Zur Überbrückung größerer Entfernungen sollte die HGÜ-Technik (Gleichstrom-Höchstspannung) genutzt werden.

Die vier Pilotstrecken für die Erdverkabelung von Höchstspannungsleitungen müssen schnellstmöglich abgeschlossen, rechtliche und administrative Hemmnisse und Unklarheiten müssen beseitigt werden. Nach Auswertung der ersten Pilotstrecke soll die Erdverkabelung ausgeweitet und auf längeren Streckenabschnitten erprobt werden.

Finanzierung sichern

Die Finanzierung der Netze muss durch privates Kapital erfolgen. Investoren brauchen dafür Anreize. Für die Übertragungsnetze und die Anbindung von Meereswindparks streben wir eine deutschlandweite Netz AG an. An ihr soll sich die öffentliche Hand finanziell so stark beteiligen, dass sie die Netz AG steuern kann.

Sichere Versorgung gewährleisten

Die Versorgungssicherheit muss auch bei schwankender Stromspeisung aus Erneuerbaren Energien gewährleistet bleiben. Deshalb wollen wir das Vorhalten von Erzeugungskapazitäten und variabler Lasten stärker honorieren. Auch die Betreiber von Erneuerbare-Energie-Anlagen müssen verstärkt in die Verantwortung für die Systemstabilität der Netze genommen werden. Um den Bau von Energiespeichern voranzutreiben, werden wir ein Speichergesetz auf den Weg bringen. Den europäischen Stromverbund wollen wir so weiterentwickeln, dass es dazu beiträgt, ein auf erneuerbarer Energieversorgung beruhendes System zu stabilisieren.

Neuanfang bei der Planung der Bundesverkehrswege einleiten

Im Bereich der Verkehrswege sind wir mit gewaltigen Herausforderungen konfrontiert: Kapazitätsengpässe und Staus infolge wachsenden Güterverkehrs, Verkehrslärm, Verfehlen der Klimaschutzziele, Verfall der Infrastruktur durch fehlende Unterhaltung.

Verkehrsnetze verkehrsträgerübergreifend planen

Wir wollen deshalb einen Neuanfang bei der Planung der Bundesverkehrswege einleiten. Die Planung der Bundesverkehrswege muss künftig verkehrsträgerübergreifend erfolgen. Statt einer isolierten Betrachtung einzelner Projekte werden wir das verlässliche Funktionieren des Verkehrsnetzes als Ganzes in den Mittelpunkt stellen.

Engpassbeseitigung Priorität einräumen

Eine klare Priorität setzen wir bei der Beseitigung von Engpässen und dem Ausbau hoch belasteter Hauptachsen und Knotenpunkte. Hierfür werden wir ein „Nationales Verkehrswegeprogramm“ auflegen, in das 80 Prozent der Neu- und Ausbaumittel fließen. Die Erschließung der Fläche wird nicht vernachlässigt. Hierfür stehen weiterhin 20 Prozent der Investitionsmittel zur Verfügung.

Substanzverfall stoppen

Wir wollen den Substanzverfall unserer Verkehrswege stoppen. Die Bundesregierung soll künftig alle zwei Jahre einen Verkehrsinfrastrukturbericht vorlegen, der Schwachstellen im Verkehrsnetz aufdeckt und den Finanzbedarf für die Erhaltung der Verkehrswege offen legt. Damit hierfür ausreichend Geld zur Verfügung steht, gilt der Grundsatz: Erhalt geht vor Aus- und Neubau.

Verkehr verlagern

Wir werden die Voraussetzung schaffen, um Verkehre auf Bahn und Binnenschiff zu verlagern. Dazu

müssen insbesondere die Kapazitätsengpässe im Schienennetz beseitigt werden. Nicht mehr die Erhöhung der Reisezeit auf isolierten Punkt-zu-Punkt-Verbindungen darf im Vordergrund stehen, sondern die Erhöhung der Netzkapazität – insbesondere für den Güter- und Regionalverkehr. Wir wollen eine höhere Zuverlässigkeit des Netzes erreichen und seine Störungsanfälligkeit vermindern.

Lärmbelastung verringern

Wir werden den Schutz vor Verkehrslärm deutlich verbessern. Wir wollen, dass ab 2020 keine lauten Güterwagen mit Graugussbremssohlen in Deutschland mehr verkehren. Wir werden deshalb alle Voraussetzungen für eine rasche Umrüstung des deutschen Güterwagenbestandes schaffen und darauf drängen, dass lauten Graugussbremssohlen 2020 die europäische Zulassung entzogen wird.

Schnelles Internet für alle

Leistungsfähige Internetanschlüsse sind entscheidend für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Deutschlands. Sie bilden die Voraussetzung, dass sich Unternehmen ansiedeln und Arbeitsplätze schaffen, dass Menschen soziale Kontakte knüpfen und neue Formen der demokratischen Beteiligung nutzen.

Flächendeckende Versorgung sicherstellen

Wir wollen deshalb rasch eine flächendeckende Versorgung mit schnellen Internetanschlüssen in ganz Deutschland erreichen. Dabei setzen wir auf private Investitionen und kreative Wettbewerbslösungen. Für den Fall, dass wettbewerbliche Lösungen allein nicht zum Ziel führen, werden wir die Grundversorgung durch einen gesetzlichen Universaldienst absichern, mit der die Unternehmen je nach Marktanteil über ein Umlageverfahren zum Aufbau einer flächendeckenden Internetgrundversorgung verpflichtet werden

Hochleistungsnetze ausbauen

Darüber hinaus wollen wir den Aufbau von Hochleistungsnetzen mit modernen Glasfaserkabeln vorantreiben. Um Marktverzerrungen oder ineffiziente Doppelinvestitionen zu vermeiden, sollen alle Anbieter zu diskriminierungsfreien Konditionen die Netze von Wettbewerbern nutzen können. Um die Kosten zu senken, müssen die Wettbewerber stärker zusammenarbeiten. Dafür werden wir die Rahmenbedingungen schaffen.

Gezielter fördern

Wir werden die staatlichen Förderprogramme zielgerichteter ausgestalten. Sie sind konsequenter als bisher auf Qualitätsentwicklung, kommunale Flächenversorgung und Hochgeschwindigkeitsnetze zu orientieren. Dabei müssen bloße Mitnahmeeffekte vermieden und eine möglichst große Hebelwirkung für private Investitionen erreicht werden. Zudem werden wir ein neues KfW-Sonderfinanzierungs-

programm schaffen, um zusätzliche Breitbandinvestitionen von Kommunen und Unternehmen anzustoßen.

Kommunale Infrastruktur sichern. Den Kommunen eine verlässliche Perspektive geben

Ob Kindergärten, Gemeindestraßen oder öffentlicher Personennahverkehr, überall stehen Städte und Gemeinden angesichts knapper Kassen und vielerorts sinkender Bevölkerungszahlen vor der Herausforderung, wie sie die grundlegenden Einrichtungen der Daseinsvorsorge für ihre Bürgerinnen und Bürger sichern können. In einer solchen Situation darf der Bund die Kommunen nicht allein lassen.

Städtebauförderung verbessern

Wir werden deshalb die Städtebauförderung weiterentwickeln und finanziell absichern. Die von der jetzigen Bundesregierung vorgenommene Kürzung der Städtebauförderung werden wir rückgängig machen und die Mittel hierfür auf mindestens 700 Millionen Euro jährlich anheben.

Soziale Stadt fortentwickeln

Stadtentwicklungspolitik ist mehr als Häuser-Bauen. Es geht um Investitionen in das Wohnumfeld und in lebenswerte Nachbarschaften, in das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Wir werden deshalb das von der Bundesregierung halbierte Programm „Soziale Stadt“ zum Leitprogramm der Städtebauförderung ausbauen. Es ist ein zentrales Instrument im Kampf gegen die soziale Spaltung unserer Gesellschaft

Kooperation belohnen

Um vorhandene Mittel effizienter einzusetzen, wollen wir Anreize für Kooperationen zwischen Gemeinden schaffen. Solche Kooperationen werden wir zur Fördervoraussetzung machen bzw. durch bessere Förderbedingungen belohnen. Durch die Einführung von Regionalbudgets werden wir regional angepasste Entwicklungsstrategien unterstützen.

Verkehrsinfrastruktur der Gemeinden sichern

Wir streben einen Investitionspakt für die kommunale Verkehrsinfrastruktur an. Die Länder sollen Investitionsmittel für die kommunale Verkehrsinfrastruktur erhalten und sich im Gegenzug verpflichten, die Gelder zweckgebunden zu verwenden.

Sollte es bei der anstehenden Neuregelung des bundesstaatlichen Finanzausgleichs nicht gelingen, den Ländern einen ausreichenden Ausgleich für die entfallenden Entflechtungsmittel zu verschaffen, so sollen den Ländern nach 2019 zweckgebunden und verlässlich Mittel zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen in den öffentlichen Nahverkehr und kommunalen Straßenbau zur Verfügung gestellt werden.

SPD fordert erneut flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn

Die erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts aus dem Arbeits- und Sozialministerium erreichte am 19. September 2012 durch einen ersten Artikel in der „Süddeutschen Zeitung“ die Öffentlichkeit. Offensichtlich gab es im Hause von Frau von der Leyen Befürchtungen, dass ihre Kabinettskolleginnen und -kollegen, allen voran die der FDP, den Bericht so nicht würden stehen lassen. Denn diese erste Fassung enthielt Bewertungen mit einem kritischen Blick auf die soziale Lage und die Lebensverhältnisse in Deutschland. Die zweite Entwurfsfassung vom 21. November 2012, die dem wissenschaftlichen Beraterkreis und Verbänden vorgelegt wurde, ist bereinigt und geschönt. Andere Ressorts und vor allem das FDP-geführte Wirtschaftsministerium haben sich offenbar ihre eigene Wirklichkeit zusammengestrichen und den Bericht frisirt.

Das Kabinett wollte den verfälschten 4. Armuts- und Reichtumsbericht eigentlich am 19. Dezember vergangenen Jahres beschließen, dann wurde es Januar, und jetzt heißt es, er solle am 6. März beraten werden. Am 21. Februar hat der Bundestag über den Umgang der Bundesregierung mit dem 4. Armuts- und Reichtumsbericht heftig debattiert.

SPD-Parteichef **Sigmar Gabriel** warf der Bundesregierung vor, mit ihrer Fälschung des Armuts- und Reichtumsberichts den „bürgerlichen Wert“ der Wahrfähigkeit mit Füßen zu treten. Er erinnerte an Vizekanzler und Wirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP), der die an die Öffentlichkeit gelangte erste Fassung des 4. Armuts- und Reichtumsberichts von Ministerin von der Leyen (CDU) als „Unsinn“ bezeichnet hatte und auf die Ressortabstimmung verwies - was die Kanzlerin als Suche nach dem gemeinsamen Standpunkt unterstützte. „Der Bericht fordert keinen Standpunkt, sondern er sagt, was los ist. Die Wirklichkeit kann man nicht ressortabstimmen“, sagte Gabriel. Damit enthalte die Regierung der Öffentlichkeit Informationen zur sozialen Wahrheit vor. Das komme „einer Entmündigung der Staatsbürger“ gleich, die sich eigentlich in „totalitären Staaten“ wiederfinde. Wenn der Lebensalltag von Menschen ausgeblendet werde, schade das der Demokratie, machte Gabriel klar. Denn sie erlebten eine „politische Fälscherwerkstatt“, die in der Regierung am Werke sei. Ministerin von der Leyen habe mit der ersten Fassung Mut gezeigt, sei aber „mundtot“ gemacht worden, fügte Gabriel hinzu.

In der ersten Fassung des Berichtes gehe es um die neue soziale Frage, wie die Lasten des Gemeinwohls gerecht verteilt werden könnten. Dazu trügen der Mindestlohn von 8,50 Euro genauso bei wie Korrekturen bei der Leiharbeit und Investitionen in die Bildung. „Es kann nicht sein, dass Menschen, die voll arbeiten, zum Sozialamt gehen müssen“, sagte der SPD-Parteichef. Der Bericht nennt dazu eindeutige Zahlen: Sechs Millionen Menschen arbeiten heute für weniger als 8 Euro in der Stunde. 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Arbeitsverhältnissen. Arbeitsverträge, die heute ge-

schlossen werden, sind zu 50 Prozent befristet. Frauen verdienen noch immer fast ein Viertel weniger als ihre männlichen Kollegen. 12 Millionen Menschen in Deutschland leben an oder jenseits der Armutsgrenze. „Arm trotz Arbeit – das ist das Problem“, sagte Gabriel.

Es sei nicht mehr Leistung, die zum Aufstieg führe, sondern Beziehungen, Herkunft und Erbschaften, stellte Gabriel fest. Lohnuntergrenzen, die jeweils ausgehandelt würden, seien eine Mogelpackung und nicht das Gleiche wie ein gesetzlicher, flächendeckender Mindestlohn, wie ihn die SPD fordere. Es gehe nicht nur um die Höhe des Lohns, sondern „um den Wert und die Würde von Arbeit“. „Sozial ist nicht, was Arbeit schafft. Sozial ist, was Arbeit schafft, von der man leben kann“, sagte Gabriel.

Die erste Fassung des Berichts enthielt u. a. die Schlussfolgerung, dass große Vermögen in die Finanzierung öffentlicher Aufgaben stärker einbezogen werden müssen, doch diese Passage hat die Regierung gestrichen. Anstatt dessen schlägt sie vor, zu prüfen, wie Spenden von Vermögenden eingeworben werden können. Das heißt, sie will notwendige Einnahmen des Staates vom *goodwill* reicher Leute abhängig machen. Sigmar Gabriel machte deutlich, dass die SPD die Steuern für einige erhöhen werde, damit die „normalen Menschen“ nicht alles bezahlen müssten. Herkunft dürfe nicht über die Chancen von Menschen bestimmen. „Dafür braucht das Land eine neue Regierung“, schloss Gabriel.

Die Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration der SPD-Bundestagfraktion, **Hilde Mattheis**, warf der Bundesregierung vor, den Auftrag des Parlaments mit dem geschönten Bericht nicht erfüllt zu haben. Denn der Armuts- und Reichtumsbericht solle ein „Lagebild der gesellschaftlichen Zustände“ liefern.

Die Zahlen im Bericht machten jedoch deutlich, dass die Spaltung der Gesellschaft sich weiter vertieft habe. Auch Umfragen würden zeigen: 64 Prozent der Bevölkerung empfinden soziale Ungerechtigkeit. Seit Veröffentlichung des 3. Armuts- und Reichtumsberichts im Jahr 2008 sei die Schere zwischen Arm und Reich noch weiter auseinandergegangen. Trotz guter konjunktureller Lage habe das Armutsrisiko weiter zu- anstatt abgenommen und liegt mit 15,1 Prozent auf dem höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Die wenigen Kernindikatoren des Entwurfs des Armuts- und Reichtumsberichtes zeigten unabweisbar eine tiefgehende Umverteilung von unten nach oben zugunsten der Reichen und Superreichen. Das habe mit sozialer Marktwirtschaft nicht mehr viel zu tun, so Mattheis.

Doch die Handlungsoptionen dieser Regierung fehlten komplett. Durch das Betreuungsgeld und die Ausdehnung der Minijobs verschärfe sich die Situation. Schwarz-Gelb beschneide die Zukunftsperspektiven für Kinder aus schwierigen Verhältnissen und „setzt den sozialen Frieden aufs Spiel“, sagte Mattheis.

Positionspapier für bezahlbares Wohnen

„Gute und energiesparsame Wohnungen dürfen nicht zum Luxusgut werden“

Am 9. Januar haben **Peer Steinbrück**, **Frank-Walter Steinmeier** und **Stephan Weil** in einem gemeinsamen Positionspapier Thesen und Maßnahmen zum Thema „Bezahlbares Wohnen in der Sozialen Stadt“ vorgestellt.

Hintergrund: In Ballungszentren steigen die Mieten. Bezahlbare Wohnungen werden knapp. Familien, Alleinerziehende und ältere Menschen finden in den Innenstädten keine Wohnungen mehr, die sie sich leisten können. Eine zusätzliche Belastung sind steigende Strom- und Heizkosten. **Die SPD will konsequente Maßnahmen ergreifen, um bezahlbares Wohnen überall zu ermöglichen.**

Das Papier formuliert Thesen und Maßnahmen, die den Anstieg der Mietpreise begrenzen sollen und Investitionen in Wohnungsbau, energetische Sanierung und den familien- und altersgerechten Umbau von Häusern und Wohnungen voranbringen werden.

SPD-Fraktionschef **Frank-Walter Steinmeier** sagte auf der Fraktionsklausur in Hannover: „Junge Familien finden vor allem in Großstädten kaum noch bezahlbaren Wohnraum. Das wollen wir ändern.“ Der SPD gehe es vor allem darum, die von Schwarz-Gelb verrutschte Balance zwischen wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit wieder herzustellen.

Unser Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück** konstatierte eine Zunahme sozialer Spannungen durch den rasanten Mietenanstieg bei Wohnungen: „Städte sind ein sehr wichtiger Lebensraum“, so Steinbrück. Die SPD lege nun Antworten vor, wie man der Dramatik am Wohnungsmarkt entgegentreten könne. Das Problem betreffe nicht nur Neu-, sondern auch Altmieten. Nach dem Regierungswechsel in Niedersachsen haben SPD und Grüne im Bundesrat eine neue gestaltende Mehrheit, mit der verantwortungsvoll für neue Initiativen in einer aktiven Wohnungs- und Städtebaupolitik gekämpft werde.

Steinbrück betonte, dass gute und energiesparsame Wohnungen nicht zum Luxusgut werden dürfen. Sie müssen für alle erschwinglich sein. Dazu brauche Deutschland wieder höhere Investitionen in das Wohnumfeld und in lebenswerte Nachbarschaften, um das Zusammenleben von Menschen verschiedenen Alters, verschiedener Herkunft und aus unterschiedlichen sozialen Schichten zu verbessern.

Das Programm „Soziale Stadt“ als Herzstück der Städtebauförderung beinhaltet daher folgende Maßnahmen:

- Bezahlbares Wohnen wird im Zentrum einer neuen niedersächsischen Landesregierung unter sozialdemokratischer Führung stehen. Denn Wohnpolitik beginnt in den Ländern und Kommunen.
- Die SPD setzt sich in Bund und Ländern dafür ein, dass der Bund die jährlichen Kompensationsmittel für die Soziale Wohnraumförderung in

Höhe von rund 518 Millionen Euro auf bisherigem Niveau bis 2019 fortführt.

- Die Sozialdemokraten werden im Bundesrat die von der Regierung Merkel verschärfte soziale Ungerechtigkeit im Mietrecht verhindern. Ziel ist es, hier die Mietpreisspirale am Wohnungsmarkt zu stoppen. Dazu gibt es eine Mietpreisbegrenzung nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neumieten. Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 15 Prozent in vier Jahren begrenzt werden.
- Mieterinnen und Mieter dürfen bei Sanierungen nicht durch überhöhte Mietpreisaufschläge aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Der Vermieter darf bei Sanierungen maximal neun Prozent der Kosten pro Jahr auf den Mieter, die Mieterin, umlegen. Dabei muss bei energetischen Sanierungen sichergestellt sein, dass nur effiziente Maßnahmen umgesetzt werden, die tatsächlich Energie sparen.
- Künftig muss bei der Inanspruchnahme von Maklern der Grundsatz gelten, der sonst überall in der Marktwirtschaft gilt: Wer bestellt, der bezahlt. Es kann nicht sein, dass Wohnungseigentümer und Makler ein Geschäft zu Lasten Dritter, nämlich der wohnungssuchenden Mieter, machen.
- Die Städtebauförderung wird von der SPD wieder verlässlich ausgestattet. Dabei soll das Programm "Soziale Stadt" zum Leitprogramm werden.
- Die soziale Gesellschaft beginnt in der sozialen Stadt. Dort gilt es, Zusammenhalt, Teilhabe, Verantwortung und Solidarität zu ermöglichen, um demokratisches Bewusstsein zu stärken. Dazu werden Kräfte und Maßnahmen gebündelt, koordiniert Hilfen angeboten und die betroffenen Menschen aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes beteiligt.
- Im Rahmen eines Investitionspaktes für die Kommunen, mit den Ländern geschlossen, wird ein „Eigenanteilsfonds“ dafür sorgen, dass Städte

- und Gemeinden in Haushaltsnotlage die Bundesförderung nutzen können.
- Nach der Bundestagswahl gibt es ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenossenschaften.
- Unter sozialdemokratischer Führung wird die CO₂-Gebäudesanierung durch den Bund wieder verlässlich gefördert. Die Förderung der energetischen Sanierung soll so ausgerichtet sein, dass mit geringstmöglichem Aufwand eine möglichst große Energieeinsparung erreicht wird und möglichst vielen Mietern und Wohnungseigentümern zu Gute kommt.
- Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder eingeführt.
- Die SPD wird nach der Bundestagswahl dafür sorgen, dass jeder Mensch so lange wie möglich selbstbestimmt in seinen eigenen vier Wänden leben kann. Das muss bis ins hohe Alter mindestens bis zur Pflegestufe 2 gelten. Der altersgerechte Umbau darf keine Frage des Geldes sein. Dazu werden die von der Regierung Merkel gestrichenen Zuschüsse der KfW für den Abbau von Barrieren bei Wohnungen und Häusern wieder eingeführt.

→ **Link zum Positionspapier:** www.spdfraktion.de/sites/default/files/bezahlbares-wohnen-positionspapier_2013.pdf.

Neues Kindergeldkonzept

„Gerechtigkeit für Familien – Entlastung für Geringverdienende“

Am 9. Januar 2013 haben die SPD-Bundestagsfraktion und der SPD-Parteivorstand ihr Konzept für ein neues Kindergeld vorgestellt. Die stellvertretende SPD-Parteivorsitzende **Manuela Schwesig** und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion **Dagmar Ziegler** fassen hier vier Ziele zusammen, die durch das neue Konzept erreicht werden:

1. Es bringt Gerechtigkeit in die Leistungen für Familien.
2. Es erhöht für Geringverdiener mit Kindern das verfügbare Einkommen spürbar.
3. Es macht den Mindestlohn für Familien mit Kindern überhaupt erst wirksam.
4. Es macht mehr Familien unabhängig vom SGBII-Bezug.

Bisher bekommen alle Eltern unabhängig von ihrem Einkommen ein gleich hohes Kindergeld. Für das erste und zweite Kind je 184 Euro, für das dritte Kind 190 Euro und für das vierte und jedes weitere Kind jeweils 215 Euro monatlich. Betrachtet man aber eine Familie mit hohem monatlichen Einkommen, so fällt auf, dass diese durch den Freibetrag für Betreuung, Erziehung oder Ausbildung (BEA), auch Kinderfreibetrag genannt, zusätzlich noch steuerlich besser gestellt wird.

Diese Ungleichheit will die SPD nun durch eine Gesetzesänderung abschaffen. Ziel ist es, die Steuergerechtigkeit durch ein an das Einkommen angepasstes Kindergeld herzustellen. So sollen Familien mit einem Bruttoeinkommen von monatlich bis zu 3000 Euro zukünftig mehr Kindergeld erhalten. Diese Familien bekommen dann je nach Einkommen ein höheres Kindergeld von bis zu maximal 324 Euro. Der bereits bestehende Kinderzuschlag wird dabei mit dem Kindergeld zu einer Leistung zusammengeführt. Für alle anderen bleibt das Kindergeld wie es vorher war: 184 Euro für die ersten beiden Kinder, 190 Euro für das dritte und 215 Euro für das vierte und jedes weitere Kind. Allerdings wird der steuerliche Kinderfreibetrag gestrichen, was aber faktisch

nur Familien mit mehr als 70.000 Euro Jahreseinkommen betrifft. Diese werden durch die Streichung des Freibetrags nun nicht mehr steuerlich privilegiert und haben somit den gleichen Nutzen aus dem Kindergeld wie alle anderen Familien mit einem Einkommen von mehr als 3000 Euro monatlich.

Der Vorteil des neuen Kindergeldes ist somit, dass es wirklich ankommt. Der aktuelle Kinderzuschlag wird nur von einem Drittel der Leistungsberechtigten in Anspruch genommen und erreicht Alleinerziehende kaum. Alleinerziehende profitieren von nun an mehr, da die Unterhaltszahlungen in die Bemessungsgrundlage des neuen Kindergeldes mit eingerechnet werden. Durch höhere Einkommensgrenzen wird der Berechtigtenkreis für das erhöhte Kindergeld insgesamt ausgeweitet. Außerdem wird das neue Kindergeld mit einem vereinfachten Antragsverfahren verbunden sein. Die Gesamtkosten belaufen sich damit je nach Ausgestaltung auf zwischen zwei und drei Milliarden Euro.

Das neue Kindergeld ist nur ein Element in einem Dreiklang, mit dem die Lebensbedingungen von Familien insgesamt verbessert werden sollen. Daneben setzt die SPD auf den Ausbau von Ganztagsangeboten für Kinder, für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern, und einem gesetzlichen Mindestlohn, der die Arbeits- und Einkommensbedingungen der Eltern verbessert. Außerdem befreit das neue Kindergeld wiederum von möglichen Abhängigkeiten von SGB-II-Leistungen, der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Es ist somit die notwendige Ergänzung, um den gesetzlichen Mindestlohn erst wirksam zu machen.

„Steuerbetrug wirksam bekämpfen“

Am 14. Januar 2013 stellten SPD-Kanzlerkandidat **Peer Steinbrück**, SPD-Vorsitzender **Sigmar Gabriel** und Landesvorsitzender der SPD Niedersachsen, **Stephan Weil**, die „Braunschweiger Erklärung für mehr Steuergerechtigkeit“ vor: „Wer Steuern hinterzieht, lebt auf Kosten seiner Mitbürger“.

Das Konzept besagt daher, dass „eine gerechte und faire Finanzierung des Gemeinwesens (...) eine wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, gleiche Teilhabechancen und einen handlungsfähigen Staat“ ist. Die Prinzipien lauten Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit. So soll sich eine Besteuerung an Leistungsfähigkeit orientieren und „starke Schultern“ mehr tragen lassen als schwache. Denn Steuerbetrug hat seine Folgen: Öffentliche Leistungen wie Bildung, Infrastruktur oder soziale Sicherungssysteme können nicht mehr finanziert werden, es schwächt das Ordnungsmodell der sozialen Marktwirtschaft, das Vertrauen in den Rechtsstaat wird untergraben und unser gesellschaftlicher Zusammenhalt wird gefährdet.

Schätzungen zufolge summieren sich jährlich bis zu 150 Milliarden Euro durch Steuerbetrug, die den öffentlichen Haushalten in Deutschland fehlen und etwa 16 Prozent der gesamten Steuereinnahmen einnehmen.

Im Folgenden stellen wir Auszüge aus dem Konzept vor:

Steuerbetrug wirksam bekämpfen

Seit Amtsantritt der Regierung Merkel herrscht faktisch Stillstand beim Kampf gegen Steuerbetrug. Wir brauchen jetzt neue tatkräftige Schritte, um den Kampf gegen Steuerbetrug wieder aufzunehmen:

1. Entzug der Banklizenz bei fortgesetzter Beihilfe zum Steuerbetrug

Um systematische Steuerhinterziehung nicht zum Geschäftsmodell werden zu lassen, müssen alle in Deutschland tätigen Finanzinstitute verpflichtet werden, keine Bankprodukte und -dienstleistungen anzubieten, mit denen ihre Kunden Steuern hinterziehen können und mit den Finanzämtern zu kooperieren. Bei nachweislicher Beihilfe zum Steuerbetrug oder bei Verweigerung der Kooperation mit den Steuerbehörden soll dies bei zukünftigen Fällen stärker zur Rechenschaft gezogen werden können: Wir wollen eine sich steigernde Strafbewehrung, die mit Strafzahlungen beginnt und über die Möglichkeiten der Aberufung der Geschäftsführung und Berufsverbots bis zur Einschränkung der Banklizenz und als ultima ratio zum Entzug der Banklizenz führen kann.

2. Aufbau einer bundesweiten Steuerfahndung

Wir wollen eine bundesweite Steuerfahndung aufbauen, die für die Ermittlungen in Fällen grenzüberschreitender Steuerkriminalität von erheblicher und grundsätzlicher Bedeutung zuständig ist. Sie soll

einen einheitlichen Umgang mit Informationsangeboten privater Dritter über mutmaßliche Steuerhinterzieher sicherstellen. Die Bundessteuerfahndung soll die Finanzbehörden durch die Analyse typischer Betrugsgestaltungen und Hinterziehungsstrategien bei der Aufdeckung und Verhinderung von Steuerstraftaten unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Befugnisse der bestehenden Schwerpunktstaatsanwaltschaften in Fragen des Steuerbetrugs stärken.

3. Gleichmäßiger Steuervollzug in allen Bundesländern

Wir wollen die im Finanzverwaltungsgesetz geschaffenen Bundeskompetenzen nutzen, um ein bundesweit gleichmäßiges Vorgehen der Finanzbehörden gegen Steuerhinterziehung mit bundesweiten Standards zu erreichen. Wir streben einen gleichmäßigen Steuervollzug zur Sicherung des Steueraufkommens an. Insbesondere die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung, die Bußgeld- und Strafsachenstellen sowie die Staatsanwaltschaften müssen in den Ländern personell so gestärkt werden, dass einerseits das Entdeckungsrisiko bei Steuerbetrug und -hinterziehung signifikant steigt und andererseits eine zügige Strafverfolgung gewährleistet ist.

4. Verschärfung der Verjährungsfrist für Steuerbetrug

Wir wollen die Verjährungsfristen für Steuerbetrug verschärfen. Verstöße gegen das Steuerrecht sollen künftig nicht mehr automatisch schon nach zehn Jahren verjähren, sondern zumindest die Laufzeit verdächtiger Finanzkonstrukte abdecken. Unsere Reform der Verjährungsfristen soll sich an der Praxis in den Vereinigten Staaten orientieren: Dort beginnt die Verjährungsfrist erst mit der Abgabe einer korrekten Steuererklärung.

5. Europaweiten automatischen Informationsaustausch einführen und den Umsatzsteuerbetrug europaweit eindämmen

Wir wollen Steueroasen mindestens europaweit trockenlegen. Der zwischenstaatliche Auskunftsaustausch muss effektiver werden. Dazu wollen wir den Anwendungsbereich der EU-Zinsrichtlinie auf alle Kapitaleinkünfte und alle natürlichen und juristischen Personen ausdehnen und den automatischen Auskunftsaustausch zum Standard in Europa machen, auch im Verhältnis zu Drittstaaten wie der Schweiz. Wir wollen sicherstellen, dass Steuerhinterzieher jederzeit mit der Gefahr rechnen müssen, aufzufliegen. Wir wollen uns auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass verdächtiges Auslandsvermögen eingefroren und registriert wird, um es auf ordnungsgemäße Versteuerung zu überprüfen und gegebenenfalls nachzusteuern.

Wir wollen, dass das "Reverse-Charge"-Verfahren, das sich als wirksames Instrument gegen den Umsatzsteuerbetrug erwiesen hat, weiter ausgebaut

wird.

Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen. Wir werden konsequent den Kampf gegen Steuerdumping und Steuerbetrug zur Bedingung für Finanzhilfen im Rahmen der Euro Rettungspakete machen. Wir wollen, dass gerade auch in Ländern mit hoher Staatsverschuldung, die auf Hilfe angewiesen sind, Finanzkriminalität aufgedeckt und Steuerehrlichkeit durchgesetzt wird. Gerade auch Regierungen, die sich auf die Solidarität anderer stützen, dürfen Steuerflucht nicht mehr zum nationalen „Geschäftsmodell“ machen.

Steuerehrlichkeit für den Zusammenhalt unserer

Gesellschaft

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Steuerbetrug zuallererst deswegen eindämmen, weil er den Zusammenhalt unserer Gesellschaft gefährdet.

Wir wollen durchsetzen, dass diejenigen, die in der Einkommens- und Vermögensverteilung ganz oben angesiedelt sind, sich genauso an die Steuergesetze halten müssen wie alle anderen. Alles andere führt zu einer Spaltung unserer Gesellschaft.

In zweiter Linie geht es uns darum, die Einnahmebasis des Staates auf die solide Grundlage zu stellen, die notwendig ist, um die Herausforderungen des demografischen Wandels ebenso bewältigen zu können wie für die Bildungsfinanzierung, die Finanzierung der Energiewende, die Finanzierung des europäischen Zusammenhalts und die Einhaltung der Schuldenbremse zu sorgen.

→ **Link zum Konzept:**

www.spd.de/linkableblob/85626/data/20130114_braunschweiger_erklaerung.pdf;jsessionid=26AFA3C8130673F7FDC54E48FCDB170E

150 Jahre SPD

Schiffstour „150 Jahre SPD“

Festveranstaltung auf dem Schiff ab/an Köln

mit Hannelore Kraft

NRW-Ministerpräsidentin und stellvertretende Parteivorsitzende

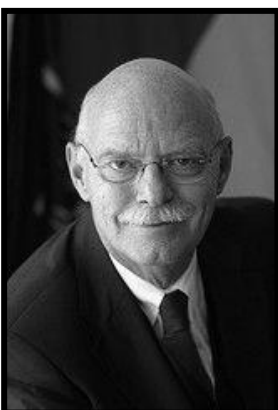
Samstag, 20. April 2013, 16:30 bis 21:00 Uhr

Weitere Informationen sowie Karten zum Preis von 45,00 Euro pro Person gibt es in der Geschäftsstelle der KölnSPD, Magnusstraße 18 b, 50672 Köln oder per Mail an : UB.koeln.nrw@spd.de Stichwort **SPD Schiffstour 2013**.



Trauer um Peter Struck

Frank-Walter Steinmeier zum Tode von Peter Struck



Die SPD trauert um **Peter Struck**. Mit Bestürzung und Erschütterung haben wir am 19.12.2012 von seinem Tod erfahren. Wir verlieren nicht nur einen großen Politiker, einen der für viele Menschen im Land ein Vorbild war. Wir verlieren einen Freund, einen engen Weggefährten, einen Mann voller Herzenswärme, Humor und Lebensklugheit.

Zweimal wurde Peter Struck an die Spitze der Fraktion gewählt, als einziger Fraktionsvorsitzender seit Gründung der Bundesrepublik. Er genoss von Anfang an hohe Anerkennung in der Fraktion. Und über die Jahre wurde aus Anerkennung tiefe Zuneigung. Die Menschen mochten ihn für seine Offenheit, Geradlinigkeit und für seine klaren Ansagen. Peter Struck hat auch als Verteidigungsminister bleibende Spuren hinterlassen. Unter Soldatinnen und Soldaten wird bis heute nur voller Respekt von ihm gesprochen.

Erst kurz vor seinem Tod hat die Friedrich-Ebert-Stiftung Peter Struck zum zweiten Mal zum Vorsitzenden der Friedrich-Ebert-Stiftung gewählt. Er hat dieses Amt mit Freude und Leidenschaft ausgefüllt. Er stand auch ohne Bundestagsmandat noch mitten im politischen Leben. Umso fassungsloser macht uns sein plötzlicher und völlig unerwarteter Tod. Wir werden ihn vermissen.

INFOS ZU MARTIN DÖRMANN, MdB

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatte der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 17 Uhr
Fr.: 10 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Claudia Brock

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Bislang terminierte Sitzungswochen **2013** (bis Juni): 3., 5., 8., 9., 11., 12., 16., 17., 20., 23., 24. und 26. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

IMPRESSUM

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Matthias Dahlke, Nadesha
Klugiewicz, Milena Lütz,
Stefan Stader

BILDNACHWEIS

Martin Dörmann: S. 2, S. 3 (unten),
S. 4, S. 6, S. 7, S. 8;
Thomas Köhler/photothek.net: S. 1,
S. 4;
Hannelorekraft.de: S. 15 (oben);
Detmar Modes/Bundeswehr: S. 15
(unten)

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa sechsmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:
martin.doermann@bundestag.de
(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOME PAGE

www.martin-doermann.de

